

Dr. Martin Weibel-Poppe
Sustenweg 2
8048 Zürich

KR-Nr. 288/1998

An das
Büro des Kantonsrates
8090 Zürich

Einzelinitiative zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend negative Einkommenssteuer

Der Kanton Zürich reicht beim Bund eine Standesinitiative mit dem Ziel ein, AHV, IV, ALV und Fürsorgeleistungen durch eine negative Einkommenssteuer zu ersetzen.

Begründung:

Bei unserem sozialen System treten immer deutlicher Schwachstellen zutage. Um für die Zukunft gerüstet zu sein, müssen neue Wege beschritten werden.

Eine Möglichkeit ist die Einführung einer negativen Einkommenssteuer, wie sie beispielsweise in der Weltwoche vom 26. März 1998 (Nr. 13) oder in der NZZ vom 16./17. Mai 1998 (Nr. 122) beschrieben wird. Leute, die mehr als ein bestimmtes Einkommen (einschliesslich private Vorsorgeleistungen) erreichen, zahlen wie bisher Einkommenssteuer. Wer weniger verdient, bekommt vom Staat Geld (negative Einkommenssteuer). Je weniger er verdient, desto mehr bekommt er vom Staat, aber immer nur soviel, dass es interessant bleibt, selber mehr zu arbeiten. Zusatzleistungen (zum Beispiel für Schwerbehinderte) sind weiterhin möglich

Die USA kennen negative Einkommenssteuern seit über einem Jahrzehnt, und auch in Grossbritannien wurden sie vor kurzem erfolgreich eingeführt. Das System ist sozial, transparent und praktikabel. Dank den einfachen Kriterien und dem Wegfall von Doppelspurigkeiten sinken der administrative Aufwand und somit die Verwaltungskosten deutlich.

Viele Gründe sprechen für die Einführung von negativen Einkommenssteuern.

- Die finanzielle Zukunft verschiedener sozialer Institutionen ist nicht gesichert.
- Im heutigen System führen fixe Regelungen dazu, dass oft mehr nach dem Giesskannenprinzip als entsprechend den echten Bedürfnissen ausbezahlt wird.
- Es bestehen zu wenig Anreize zu Eigeninitiative. Viele Arbeitslose bleiben lieber zu Hause, als Teilzeitarbeit anzunehmen. Dadurch wird einerseits die ALV belastet. Andererseits bleibt der Graben zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen hoch und ein Wiedereinstieg schwierig.
- Die IV-Renten werden zu wenig rasch dem Gesundheitszustand der Empfänger angepasst. Auch Behinderte sollten nicht nur auf Hilfe vom Staat warten, sondern jederzeit motiviert sein, ihren Möglichkeiten entsprechend aktiv zu werden.
- Viele Rentner sind noch rüstig und unternehmungslustig. Hier liegt ein grosses Potential brach. Es könnte zum Wohle aller mobilisiert werden.

Zürich, 24. Juni 1998

Mit freundlichen Grüssen

Martin Weibel